

Bern

Krise schmälert Chancen für Asylsuchende

Arbeitsintegration Die Rezession stellt die Integrationsziele im Asylwesen infrage. Für die regionalen Partner des Kantons wie die Stadt Bern könnte das teuer werden.

Bernhard Ott

Innerhalb von sieben Jahren soll die Hälfte aller erwachsenen Personen im Asylwesen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dies hat der Bundesrat in der Integrationsagenda festgelegt. Das war zwei Jahre vor Corona.

Heute droht eine schwere Rezession. Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer spricht gar von einer Arbeitslosigkeit, «wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen haben».

Für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge dürfte es unter diesen Voraussetzungen schwierig werden, eine Stelle zu finden. Wie können sie trotz Krise in den Arbeitsmarkt integriert werden? Diese Frage spielt auch in den laufenden Vertragsverhandlungen zwischen dem Kanton und den fünf regionalen Asylorganisationen eine Rolle, die ab Anfang Juli für Betreuung und Integration von Asylsuchenden zuständig sind. Offiziell bestätigen will das zwar weder der Kanton noch die Stadt Bern als eine von fünf regionalen Asylorganisationen. Aber Asyl Berner Oberland (ABO) hält fest, dass das Thema «in die Diskussion eingebracht wurde», wie ABO-Präsident und SP-Grossrat Peter Siegenthaler schreibt, Vorsteher der Direktion Sicherheit und Soziales der Stadt Thun.

Thun bürgt für Schaden

Für die Asylorganisationen ist die Frage zentral, weil sie für ihre Leistungen nicht mehr pauschal entschädigt werden. Der Kanton zahlt nur noch 40 Prozent an die Abgeltungssumme von maximal 12'000 Franken pro betreuter Person. Die restlichen 60 Prozent werden erst dann abgegolten, wenn eine Person eine Stelle findet und damit nicht mehr von der Sozialhilfe abhängig ist. Allerdings dauert das in der Regel mehrere Jahre. In dieser Zeit müssen die Organisationen die Kosten für die Arbeitsintegration vorfinanzieren. Finden wegen der Rezession weniger Asylsuchende einen Job, gibt es entsprechend weniger Geld vom Kanton.

ABO-Präsident Siegenthaler schliesst denn auch nicht aus, dass die Rahmenbedingungen des Vertrags mit dem Kanton angepasst werden müssen, wenn sich die ursprünglich angenommenen Bedingungen «ganz wesentlich» verändern. Zurzeit sei aber noch unklar, welche kon-

«Der Integrationsauftrag muss im Bereich des Möglichen liegen.»

Peter Siegenthaler
SP-Grossrat, Sozialvorsteher der Stadt Thun und Präsident Asyl Berner Oberland.

kreten Auswirkungen die Corona-Pandemie auf die Wirtschaft haben wird. «Der Integrationsauftrag darf ambitioniert sein, muss aber im Bereich des Möglichen liegen», sagt Siegenthaler.

Existenzbedrohend dürften sich sinkende Integrationsquoten für Asyl Berner Oberland aber nicht auswirken. Denn die Non-Profit-Organisation hat sich vom Thuner Stadtparlament eine Solidarbürgschaft für einen Kredit von 1,7 Millionen Franken genehmigen lassen, um die Kosten der Vorfinanzierung notfalls abgelenkt zu lassen.

Bern hat Reservekredit

Eine ähnliche Absicherungsstrategie verfolgt die Stadt Bern als weitere regionale Partnerin des Kantons im Asylbereich. Sie liess sich letzten Februar vom Stadtparlament einen Kredit von 3,36 Millionen Franken genehmigen, der bei tiefen Integrationsquoten angezapft werden soll. Dies sei aber kaum nötig und bloss «aus rechtlichen Gründen» erfolgt, sagt Claudia Mannhart, Generalsekretärin der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS). Denn trotz Corona-Krise und Rezession rechnet die BSS «für die ganze Vertragsdauer von acht Jahren aktuell nicht mit Mehrkosten». Ganz so sicher scheint man sich



Asylsuchende arbeiten in einer Schreinerwerkstatt. Foto: Adrian Moser

dabei aber auch nicht zu sein. Denn Mannhart weist wie Siegenthaler darauf hin, dass es aus heutiger Sicht unmöglich zu beurteilen sei, welche Auswirkungen die Veränderungen in der

Wirtschaft auf den Bereich Arbeitsintegration haben werden.

Keinen Anlass zur Sorge sieht man bei der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) von Regierungsrat Pierre Alain

Schnegg (SVP). Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Arbeitsintegration seien nicht Gegenstand der Vertragsverhandlungen, hält Sprecherin Gabriela Giallobardo fest. Zudem seien nicht alle

Neue Ära im Asylwesen ab Juli

Im Kanton Bern gilt ab 1. Juli ein neues Regime für Unterbringung, Betreuung, Schulung und Integration von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen. Dazu sind zurzeit Vertragsverhandlungen mit fünf regionalen Partnern im Gang, die in einer Ausschreibung den Zuschlag für diesen Auftrag erhalten haben. Anstoss zur Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingswesens gab die Integrationsagenda des Bundes. Sie sieht vor, dass den Kantonen nur noch Personen zugeteilt werden, deren Gesuch mit hoher Wahrscheinlichkeit anerkannt wird. Zudem gelten ambitionöse Integrationsziele: So sollen Personen im Asylwesen in drei Jahren Grundkenntnisse einer Landessprache erwerben. Und es ist vorgesehen, dass die Hälfte der Betroffenen nach sieben Jahren eine Stelle hat. Mit der erfolgsabhängigen Entschädigung für Integrationsleistungen will der Kanton die regionalen Asylorganisationen anspornen, möglichst viele Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. (bob)

Branchen im gleichen Ausmass von einer Rezession betroffen. «Aus dieser Sicht ist die GSI in der aktuellen Situation nicht bereit, Anpassungen der Zielerreichung zu prüfen.» Schnegg weist auf Anfrage darauf hin, dass die Integrationsziele vom Bund vorgegeben seien. «Sollte der Bund die Ziele ändern wollen, werden wir das sicher berücksichtigen.»

Beim Bund wiederum will man sich zurzeit nicht dazu äussern. Ein Sprecher des Staatssekretariats für Migration weist lediglich auf ein Monitoring hin, mit dem die Ziele der Integrationsagenda dereinst überprüft werden sollen. Kein Problem mit Konjunkturschwankungen hat man bei der kommerziell orientierten ORS Management AG, einer weiteren regionalen Partnerin des Kantons im Asylbereich. «Als Unternehmen sind wir mit dem haushälterischen Mitteleinsatz vertraut», sagt Sprecher Lutz Hahn.

Kanton rechnet mit einem satten Minus

Corona-Krise Die bernische Finanzdirektorin will deshalb die Schuldenbremse lockern.

Die kantonale Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) hatte Ende 2019 mit einem Überschuss von 200 Millionen Franken in der Kasse gerechnet. Dann kam die Corona-Krise. Diese dürfte ein massives Loch in die Kasse reissen. Aufgrund von Mehrausgaben und Ertragsausfällen erwartet der Regierungsrat für das laufende Jahr ein Defizit von bis zu 300 Millionen Franken. Das gab die Finanzdirektorin am Freitag an einer Medienkonferenz bekannt.

Noch sind die Zahlen mit Unsicherheiten behaftet. So ist nicht klar, wie hoch die Zusatzkosten durch Stellvertretungen für gefährdete Lehrpersonen ausfallen. Offen ist auch, ob sich der Bund an den Kosten für die Spitäler beteiligt, die während der Pandemie Ertragsausfälle erlitten. Weiter

hofft man beim Kanton, Kosten für die beschaffte Schutzkleidung abwälzen zu können.

Simon befürchtet, dass die Auswirkungen der Corona-Krise auch in den kommenden Jahren spürbar sein werden. So erwartet sie für das Jahr 2021 bei den Steuererträgen einen Rückgang von 500 Millionen Franken gegenüber den bisherigen Prognosen. Somit könnte das Defizit 2021 auf über eine halbe Milliarde ansteigen.

Keine Steuererhöhung

Um die Defizite und Finanzierungsfehlbeträge zu verhindern, müsste der Kanton ein Sparpaket schnüren oder Steuern erhöhen. Doch dagegen spricht sich Simon aus: «Die Bevölkerung wurde hart von der Krise getrof-

fen, sie würde eine Steuererhöhung nicht mittragen.»

Weil der Kanton mit weniger Einnahmen rechnet, aber dennoch kein Sparpaket schnüren will, ist eine Neuverschuldung unausweichlich. Es sei zu be-

Geld für Tourismus

Die Tourismusbranche ist von der Corona-Krise hart getroffen worden. Die touristische Nachfrage ist seit Mitte März massiv eingebrochen. Dies ist besonders im Berner Oberland zu spüren, wo jeder vierte Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Tourismus abhängt. Darum will der Kanton Hotels und Campingplätze bis Ende Jahr von der Beherbergungsabgabe befreien. Weil diese

fürchten, dass die Vorgaben der Schuldenbremse vorerst nicht eingehalten werden könnten, sagt Simon. Deshalb sei es unumgänglich, eine Anpassung der Bremse zu diskutieren. Der Regierungsrat sei der Meinung,

Abgabe bisher in die Vermarktung der Regionen floss, stellt nun der Regierungsrat zwei Millionen Franken für diesen Zweck zur Verfügung. Mit Werbekampagnen sollen Schweizer Touristen in den Kanton Bern gelockt werden, sagte Regierungsratspräsident Christoph Ammann (SP) vor den Medien. Der Kanton verzeichnete in den letzten Jahren um die 8 Millionen Logiernächte. (sie)

dass in den kommenden Jahren eine Zunahme der Schulden in der Höhe von mehreren Hundert Millionen Franken in Kauf genommen werden müsse. Diese Frage will der Grosse Rat in der Session auf dem Bernexpo-Gelände in der nächsten Woche diskutieren.

Keine Steuersenkung?

In Stellungnahmen begrüsst SP und GLP den Entscheid, die Schuldenbremse ausser Kraft zu setzen, die FDP dagegen kritisiert ihn. Man könne aufgrund der Anmeldungen für Kurzarbeitsentschädigung nicht auf allfällige Steuerausfälle bei den Unternehmenssteuern schliessen, schreibt der Freisinn in einer Mitteilung. Der Grosse Rat wird sich ab nächster Woche mit den sechs

Notverordnungen beschäftigen, die der Regierungsrat zur Krisenbewältigung erlassen hatte. Ebenfalls behandelt er eine Finanzmotion, mit der die SP die ab 2021 geplanten Steuersenkungen verhindern will. Eine knappe Mehrheit der Finanzkommission will diese Forderung prüfen. Auch die Finanzdirektorin sagte bereits, sie sei nicht sicher, ob diese noch angezeigt sei.

Noch vor dem Lockdown im März hatte das Parlament für das kommende Budget eine Senkung der Steueranlagen verlangt – für juristische Personen im Umfang von mindestens 40 Millionen Franken, für natürliche Personen mindestens 30 Millionen Franken.

Sophie Reinhardt